19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)

vom 25. März 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. März 2025)

zum Thema:

Rechtslibertäre Konferenz „AynRandCon Europe 2025“ am Kurfürstendamm

und **Antwort** vom 3. April 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. April 2025)

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22124

vom 25. März 2025

über Rechtslibertäre Konferenz „AynRandCon Europe 2025“ am Kurfürstendamm

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

- 1.: Welche Kenntnisse liegen dem Senat über die Konferenz „AynRandCon Europe 2025“ vor, die vom 14. bis 16. März 2025 im Dorint Kurfürstendamm stattgefunden hat und vom rechtslibertären Think-Tank „Ayn-Rand Institute“ organisiert wurde, welcher die Ideen der gleichnamigen Vordenkerin des kapitalistischen Individualismus propagiert?
- Welche Einzelpersonen der extremen Rechten aus welchen Organisationen haben nach Kenntnis des Senats an der Konferenz teilgenommen?
 - Durch welche Organisationen der extremen Rechten wurde die Konferenz wie und wo genau öffentlich beworben oder nachträglich ausgewertet?

Zu 1.:

Hierzu liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.

- 2.: Sieht der Senat in Organisationen und Einzelpersonen, die den Staat oder seine zentralen Bestandteile zugunsten einer möglichst unregulierten Marktwirtschaft oder umfassend privatisierten staatlichen Sicherheitsaufgaben auflösen wollen, eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung? Wenn ja, inwiefern? Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?
- 3.: Welche Organisationen, Parteien oder Einzelpersonen sind dem Senat bekannt, die sich in welcher genauen Form mit unter 2. genannten Bestrebungen gegen die Demokratie richten?

Zu 2. und 3.:

Gemäß § 5 Absatz 2 Nr. 1 Verfassungsschutzgesetz Berlin sammelt und wertet die Verfassungsschutzbehörde Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Daten, Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen aus, unter anderem über Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Hierunter fallen nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts das Demokratieprinzip, das Rechtsstaatsprinzip und die Menschenwürde (vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Januar 2017, BVerfGE 144, 20-367).

Ob Organisationen und Einzelpersonen, die den Staat oder seine zentralen Bestandteile zugunsten einer möglichst unregulierten Marktwirtschaft oder umfassend privatisierten staatlichen Sicherheitsaufgaben auflösen wollen, eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Verständnis der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts darstellen, kann nur in jedem Einzelfall einer Bewertung zugeführt werden. Eine abstrakt-generelle Bewertung ist dem Senat nicht möglich. Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, werden in den jährlichen Verfassungsschutzberichten des Berliner Verfassungsschutzes aufgeführt.

Berlin, den 03. April 2025

In Vertretung

Christian Hochgrebe

Senatsverwaltung für Inneres und Sport